BÜLOW



Die Einigungsstelle im Personalvertretungsrecht

Praxishandbuch für Bund und Länder

moll

Die Einigungsstelle im Personalvertretungsrecht

Praxishandbuch für Bund und Länder

Christian Bülow
Jurist beim Kommunalen Arbeitgeberverband Nordrhein-Westfalen

moll

Zitiervorschlag: Bülow, Einigungsstelle, Erl. …, Seite …

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek | Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über www.dnb.de abrufbar.

E-ISBN 978-3-415-07932-8
Print-ISBN 978-3-415-07930-4
© 2027 Richard Boorberg Verlag

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlages. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Die Nutzung sämtlicher Inhalte für das Text- und Data-Mining ist ausschließlich dem Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG vorbehalten. Der Verlag untersagt eine Vervielfältigung gemäß § 44b Abs. 2 UrhG ausdrücklich.
Anfragen gemäß EU-Verordnung über die allgemeine Produktsicherheit (EU) 2023/988 (General Product Safety Regulation – GPSR) richten Sie bitte an: Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG, Produktsicherheit, Scharrstraße 2, 70563 Stuttgart; E-Mail: produktsicherheit@boorberg.de

Titelfoto: © Jibber – stock.adobe.com | Satz und eBook-Umsetzung: abavo GmbH, Nebelhornstraße 8, 86807 Buchloe

Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG | Scharrstraße 2 | 70563 Stuttgart
Stuttgart | München | Hannover | Berlin | Weimar | Dresden
www.boorberg.de

Vorwort

Das vorliegende **Buch ist in seiner Form einzigartig, da es sich erstmals mit der Einigungsstelle im Personalvertretungsrecht auseinandersetzt und dabei einen praxisnahen Ansatz verfolgt,** der alle Dimensionen dieses bislang kaum behandelten Themengebiets abdeckt.

In der vorliegenden Untersuchung werden **sowohl das BPersVG als auch alle Landespersonalvertretungsgesetze** (inkl. des am 9. Juli 2026 grundlegend novellierten PersVG MV) einer rechtlichen und vor allem taktischen Analyse unterzogen. Innerhalb des Personalvertretungsrechts gibt es wohl keinen Themenbereich, der derart viele bislang offene und/oder umstrittene Fragen aufwirft, ohne dass es hierzu höchstrichterliche Rechtsprechung gibt. In der vorliegenden Publikation werden die in der Praxis wiederholt auftretenden Diskrepanzen erörtert und mit entsprechenden Lösungen versehen.

Dabei wird nicht nur die formale Rechtslage beleuchtet, sondern auch die Einigungsstellenpraxis in den verschiedenen Ländern und Verwaltungsebenen. Die Unterschiede in der Ausgestaltung der Verfahren und die daraus resultierenden Herausforderungen für die Beteiligten werden aufgezeigt und handlungsorientiert behandelt.

Das vorliegende **Buch richtet sich an alle am personalvertretungsrechtlichen Einigungsstellenverfahren beteiligten Personen.** Es beinhaltet Empfehlungen für die Vorbereitung, die Durchführung und die Nachbereitung eines Einigungsstellenverfahrens. Die Adressierung erfolgt an die vorsitzende Person und die Beisitzer der Einigungsstelle. Darüber hinaus findet sie Anwendung auf die Dienststelle sowie die Personalvertretung samt etwaigen Verfahrensvertretern. Das Buch richtet sich ansonsten auch an Richter, Rechtsanwälte, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften. Rechtsanwender des SBG können für ihre Praxis die im Buch dargestellten Verfahrensgrundsätze zum Umgang mit dem Schlichtungsausschuss des SBG nutzen.

Ein besonderer Fokus liegt auf der **Praxis der Verhandlungsführung** und **der Strategieentwicklung** im Einigungsstellenverfahren. Es werden konkrete Handlungsempfehlungen gegeben, wie Verfahrenspositionen entwickelt, Argumente vorgetragen und Kompromisse gefunden werden können, ohne dass die eigenen Kerninteressen aufgegeben werden müssen.

Zur Unterstützung der „Einigungsfindung“ befasst sich der Verfasser ausführlich mit der **Einbeziehung des Instruments der Mediation** und präsentiert seine langjährigen Tätigkeitserfahrungen, die er in und vor verschiedenen Einigungs- und Schiedsstellen gewonnen hat.

Ergänzend werden auch die **Schnittstellen zu anderen Konfliktlösungsmechanismen** im öffentlichen Dienst dargestellt und die **Möglichkeiten einer synergetischen Nutzung** verschiedener Instrumente aufgezeigt.

Grafiken, Schaubilder und eine Vielzahl an Beispielen sollen den Umgang mit dem Mysterium der Einigungsstelle unterstützen.

Sämtliche Ausführungen sind unter Berücksichtigung der aktuellen Gesetzes- und Rechtslage vorgenommen worden, ohne dabei jedoch Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben. Sie stellen insbesondere **keine Rechtsberatung** dar und können eine solche auch keinesfalls ersetzen.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurde bei der Darstellung auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachform männlich, weiblich und divers verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen im vorliegenden Buch gelten also gleichermaßen für alle Geschlechter!

Der Verfasser wünscht viel Spaß bei der Lektüre und Erfolgt in der zukünftigen Einigungsstellenpraxis!

Christian Bülow

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 5

Literatur 19

A. Einleitung 23
I. Die Einigungsstelle im Personalvertretungsrecht 32
1. Das Rechtsgebiet des Personalvertretungsrechts 33
a) Die Einordnung des Rechtsgebiets und die dortigen Handelnden 33
b) Die Einordnung der Einigungsstelle in diesem Rechtsgebiet 56
2. Die Geschichte des Personalvertretungsrechts und der Einigungsstelle im BPersVG 61
3. Die Zuständigkeit der Einigungsstelle des BPersVG 70
a) Die Mitbestimmungsangelegenheiten des BPersVG 71
b) Das Mitbestimmungsverfahren des BPersVG 75
aa) Die Verfahrenseinleitung durch die Dienststelle 78
bb) Das Stufenverfahren 95
cc) Die Verfahrenseinleitung durch die Personalvertretung 97
c) Die Zuständigkeiten im Einzelnen 102
aa) Die grundsätzlichen Zuständigkeiten 103
bb) Die besonderen Bereiche und die dortigen Zuständigkeiten 104
II. Die Abgrenzung zu anderen Rechtsgebieten 109
1. Die Abgrenzung zum Betriebsverfassungsrecht 109
2. Die Abgrenzung zur Schiedsgerichtsbarkeit 115
3. Die Abgrenzung zur Schlichtung im SBG 120
III. Die Mediation im Einigungsstellenverfahren 123
1. Die Mediation als Instrument der Konfliktlösung 124
2. Die Abgrenzung zum Güterichterverfahren 137
3. Die Anwendung der Mediationsprinzipien im Einigungsstellenverfahren 141
a) Die Freiwilligkeit 145

b) Die Neutralität 149
c) Die Lösungsfindung in einem strukturierten Verfahren 151
d) Die Vertraulichkeit des Verfahrens 162
e) Die Eigenverantwortlichkeit 165
f) Die vollständige Informiertheit 168
g) Die Ergebnisoffenheit der Beteiligten 172

B. Der Bund und gemeinsame Ausführungen zu den Landespersonalvertretungsgesetzen 174
I. Die Bildung der Einigungsstelle 174
II. Die personelle Besetzung der Einigungsstelle 188
1. Die vorsitzende Person 190
a) Die Funktion der vorsitzenden Person 191
b) Die Anforderungen an die vorsitzende Person 192
c) Die Stellvertretung der vorsitzenden Person 204
d) Die Einigung auf die vorsitzende Person 210
e) Die Bestimmung der vorsitzenden Person bei Nichteinigung 219
aa) Die Entscheidung durch das Präsidialorgan des BVerwG 219
bb) Die Entscheidung bei Rundfunkeinrichtungen 244
cc) Die Entscheidung bei der gemeinsamen Klassenlotterie 247
f) Die Bestellung der vorsitzenden Person 248
g) Die Amtszeit der vorsitzenden Person 250
h) Die Ablehnung der vorsitzenden Person 254
i) Das Ausscheiden der vorsitzenden Person 274
j) Die Rechtsstellung der vorsitzenden Person 274
k) Die Haftung der vorsitzenden Person 284
2. Die Beisitzer 289
a) Die Funktion der Beisitzer 290
b) Die Anforderungen an die Beisitzer 293
c) Die Stellvertretung der Beisitzer 301
d) Die Bestellung der Beisitzer 305
e) Die Amtszeit der Beisitzer 314
f) Die Ablehnung der Beisitzer 316
g) Das Ausscheiden der Beisitzer 317
h) Die Rechtsstellung der Beisitzer 318
i) Die Haftung der Beisitzer 320

3. Die Besonderheiten bei der Behandlung von Verschlusssachen 320
4. Das Geschlechterverhältnis in der Einigungsstelle 325
III. Die Entscheidungsformen der Einigungsstelle 328
1. Die endgültige Entscheidung der Einigungsstelle 331
a) Die Fälle der uneingeschränkten Mitbestimmung 332
b) Der Abschluss von Dienstvereinbarungen 335
aa) Das grundsätzliche Zustandekommen von Dienstvereinbarungen 336
bb) Die Erzwingbarkeit von Dienstvereinbarungen vor der Einigungsstelle 361
2. Die Maßnahmen, die wesentlicher Bestandteil der Regierungsgewalt sein können 372
3. Die Empfehlung der Einigungsstelle 373
4. Der Vergleich vor der Einigungsstelle 379
IV. Das Einigungsstellenverfahren 387
1. Die geltenden Verfahrensgrundsätze 391
a) Der Grundsatz der Verhandlungsdurchführung . . . 392
b) Der Grundsatz der Nichtöffentlichkeit 403
c) Der Grundsatz der Beschlussfassung 407
d) Der Grundsatz der Antragsstellung 409
e) Der Grundsatz der Antragsbindung 411
f) Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs 417
g) Der Grundsatz der Mündlichkeit 420
h) Der Grundsatz der Verfahrensbeschleunigung 423
i) Der Grundsatz der vertrauensvollen Zusammenarbeit 426
2. Die Verfahrensvertreter und sonstigen Teilnehmenden 429
3. Die Verfahrenseinleitung 448
4. Die wichtigsten Vorbereitungshandlungen 458
a) Die wichtigsten Vorbereitungshandlungen der vorsitzenden Person 461
aa) Die Weiterleitung von Korrespondenzen 463
bb) Die erste Befassung mit dem Streitstand 466
cc) Die Einberufung einer vorbereitenden Mitgliedersitzung 472
dd) Die Durchführung per Video- oder Telefonkonferenz 475

ee) Die Terminierung der Einigungsstellenverhandlung 483
ff) Die Ladung der Beisitzer. 489
gg) Die Ladung der Beteiligten 492
hh) Die Ladung von Zeugen und/oder Sachverständigen 493
b) Die wichtigsten Vorbereitungshandlungen der Beisitzer 497
aa) Die sachliche und rechtliche Aufbereitung des Streitstands 498
bb) Die taktischen Überlegungen. 501
c) Die wichtigsten Vorbereitungshandlungen der Dienststellenseite 503
aa) Die sachliche und rechtliche Aufbereitung des Streitstands 503
bb) Die taktischen Überlegungen. 504
d) Die wichtigsten Vorbereitungshandlungen der Personalvertretung. 508
aa) Die sachliche und rechtliche Aufbereitung des Streitstands 508
bb) Die taktischen Überlegungen. 510
5. Die Einigungsstellensitzung 513
a) Die Sitzungseröffnung 514
aa) Die Begrüßung durch die vorsitzende Person 514
bb) Die Feststellung der Anwesenden und deren ordnungsgemäße Ladung. 517
cc) Die Feststellung der wirksamen Besetzung. 520
dd) Die Festlegung der Protokollführung 525
ee) Die Feststellung der Entscheidungszuständigkeit. 526
ff) Die Augenscheinnahme und die Ortsbesichtigung. 529
b) Die Verhandlung über den Antragsgegenstand 530
aa) Der Antragsgegenstand. 531
bb) Die Einlassung der Beteiligten. 532
cc) Die Erzielung eines Einigungsergebnisses . . 539
c) Die Beratung und Beschlussfassung. 541
aa) Die Beschlussfähigkeit 542

bb) Die Vornahme eines Mehrheitsbeschlusses . . . 544
cc) Die Bindungswirkung der gestellten Anträge . . . 546
dd) Die Beschlussfassung im Rahmen der geltenden Rechtsvorschriften . . . 547
ee) Die zu beachtenden Formalia . . . 548
ff) Die Bekanntgabe des Beschlussergebnisses . . . 548
d) Die Vertagung und Neuterminierung der Sitzung . . . 549
e) Die Sitzung ohne Teilnahme der Beteiligten . . . 553
6. Die Nachbereitung der Einigungsstellensitzung . . . 555
a) Die Abfassung des Beschlusses . . . 556
b) Die Zustellung des Beschlusses . . . 562
c) Die Nachfrage zum Umgang mit dem Beschluss . . . 564
d) Die taktische Nachbereitung . . . 566
V. Die Bindungswirkung des Beschlusses der Einigungsstelle . . . 573
1. Die grundsätzliche Bindungswirkung . . . 575
2. Die ausgenommene Bindungswirkung bei Maßnahmen, die wesentlicher Bestandteil der Regierungsgewalt sein können . . . 582
3. Die Empfehlung der Einigungsstelle . . . 586
VI. Die Ausstattung und die Kosten der Einigungsstelle . . . 592
1. Die Ausstattung der Einigungsstelle . . . 592
2. Die Kosten der Einigungsstelle . . . 596
VII. Die rechtlichen Auseinandersetzungen rund um die Einigungsstelle . . . 612

C. Die speziellen Ausführungen zu den Landesgesetzen . . . 617
I. Baden-Württemberg . . . 619
1. Die wichtigsten Vorschriften . . . 620
2. Die Zuständigkeiten der Einigungsstelle . . . 622
a) Die Mitbestimmungsangelegenheiten . . . 623
b) Das Mitbestimmungsverfahren . . . 626
c) Die einzelnen Zuständigkeiten . . . 629
3. Die Bildung der Einigungsstelle . . . 630
4. Die personelle Besetzung der Einigungsstelle . . . 633
5. Die Entscheidungsformen der Einigungsstelle . . . 635
6. Das Einigungsstellenverfahren . . . 638

7. Die Ausstattung und die Kosten der Einigungsstelle ... 638
II. Bayern ... 639
1. Die wichtigsten Vorschriften ... 640
2. Die Zuständigkeiten der Einigungsstelle ... 642
a) Die Mitbestimmungsangelegenheiten ... 643
b) Das Mitbestimmungsverfahren ... 646
c) Die einzelnen Zuständigkeiten der Einigungsstelle ... 649
3. Die Bildung der Einigungsstelle ... 650
4. Die personelle Besetzung der Einigungsstelle ... 652
5. Die Entscheidungsformen der Einigungsstelle ... 655
6. Das Einigungsstellenverfahren ... 657
7. Die Ausstattung und die Kosten der Einigungsstelle ... 660
III. Berlin ... 661
1. Die wichtigsten Vorschriften ... 662
2. Die Zuständigkeiten der Einigungsstelle ... 666
a) Die Mitbestimmungsangelegenheiten ... 667
b) Das Mitbestimmungsverfahren ... 669
c) Die einzelnen Zuständigkeiten der Einigungsstelle ... 673
3. Die Bildung der Einigungsstelle ... 674
4. Die personelle Besetzung der Einigungsstelle ... 676
5. Die Entscheidungsformen der Einigungsstelle ... 678
6. Das Einigungsstellenverfahren ... 681
7. Die Ausstattung und die Kosten der Einigungsstelle ... 683
IV. Brandenburg ... 684
1. Die wichtigsten Vorschriften ... 685
2. Die Zuständigkeiten der Einigungsstelle ... 688
a) Die Mitbestimmungsangelegenheiten ... 690
b) Das Mitbestimmungsverfahren ... 693
c) Die einzelnen Zuständigkeiten der Einigungsstelle ... 695
3. Die Bildung der Einigungsstelle ... 696
4. Die personelle Besetzung der Einigungsstelle ... 698
5. Die Entscheidungsformen der Einigungsstelle ... 701
6. Das Einigungsstellenverfahren ... 705
7. Die Ausstattung und die Kosten der Einigungsstelle ... 707
V. Bremen ... 709
1. Die wichtigsten Vorschriften ... 711

2. Die Zuständigkeiten der Einigungsstelle 713
a) Die Nichteinigung in Mitbestimmungsangelegenheiten 714
aa) Die Mitbestimmungsangelegenheiten 715
bb) Das Mitbestimmungsverfahren 719
b) Nichteinigung in Bezug auf die Bildung von Dienststellen (vgl. § 7 Abs. 2 BremPersVG) 725
c) Nichteinigung in Bezug auf die Teilnahme von Personalratsmitgliedern an Schulungen (vgl. § 39 Abs. 5 und 6 BremPersVG). 726
aa) Teilnahme aufgrund eines Entsendungsbeschlusses 727
bb) Teilnahme aufgrund eines Individualanspruchs 728
d) Nichteinigung über die zusätzliche Freistellung von Personalratsmitgliedern (vgl. § 39 Abs. 9 BremPersVG) 729
3. Die Bildung der Einigungsstelle 730
4. Die personelle Besetzung der Einigungsstelle 731
5. Die Entscheidungsformen der Einigungsstelle 733
6. Das Einigungsstellenverfahren 736
7. Die Ausstattung und die Kosten der Einigungsstelle . . . 738
VI. Hamburg 739
1. Die wichtigsten Vorschriften. 741
2. Die Zuständigkeiten der Einigungsstelle 743
a) Die Nichteinigung in Mitbestimmungsangelegenheiten 744
aa) Die Mitbestimmungsangelegenheiten 746
bb) Das Mitbestimmungsverfahren 751
b) Die Nichteinigung in Bezug auf Sprechzeiten des Personalrats (vgl. § 46 Abs. 1 Satz 2 HmbPersVG) . . 756
c) Die Nichteinigung in Bezug auf Schulungen aufgrund eines Entsendungsbeschlusses (vgl. § 49 Abs. 4 Satz 4 HmbPersVG) 756
d) Die Nichteinigung in Bezug auf individuelle Schulungsansprüche (vgl. § 49 Abs. 5 Satz 3 HmbPersVG) 757
e) Die Nichteinigung in Bezug auf die dauerhafte Freistellung weiterer Personalräte (vgl. § 50 Abs. 2 Satz 2 HmbPersVG) 758

f) Die Nichteinigung in Bezug auf die dauerhafte Freistellung von Vorstandsmitgliedern durch den Gesamtpersonalrat (vgl. § 82 Abs. 9 i. V. m. § 61 Abs. 2 Satz 3 HmbPersVG) 759
g) Die Nichteinigung in Bezug auf Sprechstunden der JAV (vgl. § 73 Satz 3 HmbPersVG) 759
h) Die Nichteinigung in Bezug auf Schulungsansprüche von JAV-Mitgliedern (vgl. § 74 Satz 3 HmbPersVG) 760
3. Die Bildung der Einigungsstelle 760
4. Die personelle Besetzung der Einigungsstelle 762
5. Die Entscheidungsformen der Einigungsstelle 764
6. Das Einigungsstellenverfahren 768
7. Die Ausstattung und die Kosten der Einigungsstelle . . . 770
VII. Hessen 771
1. Die wichtigsten Vorschriften. 772
2. Die Zuständigkeiten der Einigungsstelle 775
a) Die Nichteinigung in Mitbestimmungsangelegenheiten 776
aa) Die Mitbestimmungsangelegenheiten 777
bb) Das Mitbestimmungsverfahren 780
b) Die Nichteinigung in Bezug auf Freistellungen (vgl. § 38 Abs. 1 Satz 5 HPVG) 782
3. Die Bildung der Einigungsstelle 782
4. Die personelle Besetzung der Einigungsstelle 785
5. Die Entscheidungsformen der Einigungsstelle 789
6. Das Einigungsstellenverfahren 792
7. Die Ausstattung und die Kosten der Einigungsstelle . . . 793
VIII. Mecklenburg-Vorpommern 795
1. Die wichtigsten Vorschriften. 796
2. Die Zuständigkeit der Einigungsstelle 799
a) Die Mitbestimmungsangelegenheiten. 800
b) Das Mitbestimmungsverfahren. 803
c) Die einzelnen Zuständigkeiten der Einigungsstelle. 806
3. Die Bildung der Einigungsstelle 807
4. Die personelle Besetzung der Einigungsstelle 809
5. Die Entscheidungsformen der Einigungsstelle 812
6. Das Einigungsstellenverfahren 816
7. Die Ausstattung und die Kosten der Einigungsstelle . . . 816

IX. Niedersachsen 819
1. Die wichtigsten Vorschriften. 820
2. Die Zuständigkeiten der Einigungsstelle 825
a) Die Nichteinigung in Mitbestimmungsangelegenheiten 826
aa) Die Mitbestimmungsangelegenheiten 827
bb) Das Mitbestimmungsverfahren 831
b) Die Nichteinigung in Bezug auf Freistellungen (vgl. § 39 Abs. 3 Satz 6 NPersVG). 833
3. Die Bildung der Einigungsstelle 834
4. Die personelle Besetzung der Einigungsstelle 836
5. Die Entscheidungsformen der Einigungsstelle 839
6. Das Einigungsstellenverfahren 842
7. Die Ausstattung und die Kosten der Einigungsstelle . . . 844
X. Nordrhein-Westfalen 846
1. Die wichtigsten Vorschriften. 847
2. Die Zuständigkeiten der Einigungsstelle 850
a) Die Mitbestimmungsangelegenheiten. 852
b) Das Mitbestimmungsverfahren. 855
c) Die einzelnen Zuständigkeiten der Einigungsstelle. 860
3. Die Bildung der Einigungsstelle 861
4. Die personelle Besetzung der Einigungsstelle 863
5. Die Entscheidungsformen der Einigungsstelle 867
6. Das Einigungsstellenverfahren 874
7. Die Ausstattung und die Kosten der Einigungsstelle . . . 875
XI. Rheinland-Pfalz 878
1. Die wichtigsten Vorschriften. 880
2. Die Zuständigkeiten der Einigungsstelle 883
a) Die Nichteinigung in Mitbestimmungsangelegenheiten 884
aa) Die Mitbestimmungsangelegenheiten 886
bb) Das Mitbestimmungsverfahren 888
b) Die Nichteinigung über Freistellungen (vgl. § 40 Abs. 3 Satz 2 f. LPersVG RP). 894
c) Die Nichteinigung über Schulungen (vgl. § 41 Abs. 1 Satz 4 f. LPersVG RP). 895
d) Die Nichteinigung über Sprechstunden (vgl. § 42 Abs. 1 Satz 3 f. LPersVG RP). 896
e) Die Nichteinigung über Kosten etc. (vgl. § 43 Abs. 5 LPersVG RP). 896

f) Die Nichteinigung bzgl. JAV-Vertretern (vgl. § 66 Abs. 1 Satz 2 f. LPersVG RP) 897
g) Die Nichteinigung über Unterrichtung und Teilnahme (vgl. § 69 Abs. 4 LPersVG RP) 897
h) Die Nichteinigung über Gutachterkosten etc. (vgl. § 69 Abs. 5 Satz 3 f. LPersVG RP) 898
3. Die Bildung der Einigungsstelle 898
4. Die personelle Besetzung der Einigungsstelle 901
5. Die Entscheidungsformen der Einigungsstelle 905
6. Das Einigungsstellenverfahren 909
7. Die Ausstattung und die Kosten der Einigungsstelle . . . 910
XII. Saarland 913
1. Die wichtigsten Vorschriften. 914
2. Die Zuständigkeiten der Einigungsstelle 918
a) Die Nichteinigung in Mitbestimmungsangelegenheiten 919
aa) Die Mitbestimmungsangelegenheiten 921
bb) Das Mitbestimmungsverfahren 924
b) Die Nichteinigung über Sprechstunden (vgl. § 45 Abs. 1 Satz 3 SPersVG) 928
c) Die Nichteinigung über Freistellungen (vgl. § 50 Abs. 1 Satz 2 SPersVG) 929
3. Die Bildung der Einigungsstelle 929
4. Die personelle Besetzung der Einigungsstelle 931
5. Die Entscheidungsformen der Einigungsstelle 934
6. Das Einigungsstellenverfahren 938
7. Die Ausstattung und die Kosten der Einigungsstelle . . . 939
XIII. Sachsen 941
1. Die wichtigsten Vorschriften. 942
2. Die Zuständigkeiten der Einigungsstelle 945
a) Die Nichteinigung in Mitbestimmungsangelegenheiten 946
aa) Die Mitbestimmungsangelegenheiten 947
bb) Das Mitbestimmungsverfahren 950
b) Die Nichteinigung über die Freistellung von Mitgliedern der Stufenvertretung (vgl. § 54 Abs. 5 Satz 2 SächsPersVG) 955
c) Die Nichteinigung über die Freistellung von Mitgliedern des Gesamtpersonalrats (vgl. § 57 i. V. m. § 54 Abs. 5 Satz 2 SächsPersVG) . . 955

3. Die Bildung der Einigungsstelle 956
4. Die personelle Besetzung der Einigungsstelle 957
5. Die Entscheidungsformen der Einigungsstelle 961
6. Das Einigungsstellenverfahren 963
7. Die Ausstattung und die Kosten der Einigungsstelle . . . 965
XIV. Sachsen-Anhalt 968
1. Die wichtigsten Vorschriften. 969
2. Die Zuständigkeiten der Einigungsstelle 971
a) Die Mitbestimmungsangelegenheiten. 972
b) Das Mitbestimmungsverfahren. 975
c) Die Zuständigkeiten im Einzelnen 979
3. Die Bildung der Einigungsstelle 980
4. Die personelle Besetzung der Einigungsstelle 983
5. Die Entscheidungsformen der Einigungsstelle 985
6. Das Einigungsstellenverfahren 989
7. Die Ausstattung und die Kosten der Einigungsstelle . . . 991
XV. Schleswig-Holstein 994
1. Die wichtigsten Vorschriften. 995
2. Die Zuständigkeiten der Einigungsstelle 1000
a) Die Mitbestimmungsangelegenheiten. 1001
b) Das Mitbestimmungsverfahren. 1005
3. Die Bildung der Einigungsstelle 1012
4. Die personelle Besetzung der Einigungsstelle 1015
5. Die Entscheidungsformen der Einigungsstelle 1018
6. Das Einigungsstellenverfahren 1022
7. Die Ausstattung und die Kosten der Einigungsstelle . . . 1026
XVI. Thüringen 1028
1. Die wichtigsten Vorschriften. 1029
2. Die Zuständigkeiten der Einigungsstelle 1034
a) Die Mitbestimmungsangelegenheiten. 1035
b) Das Mitbestimmungsverfahren. 1037
c) Die Zuständigkeiten im Einzelnen 1042
3. Die Bildung der Einigungsstelle 1043
4. Die personelle Besetzung der Einigungsstelle 1045
5. Die Entscheidungsformen der Einigungsstelle 1049
6. Das Einigungsstellenverfahren 1054
7. Die Ausstattung und die Kosten der Einigungsstelle . . . 1056

D. Seminare. 1059

Stichwortverzeichnis 1061